

February 8, 1995
German Bundestag, 13th Legislative Period,
Proposal for 'Indefinite and Unconditional Extension
of the Non-Proliferation Treaty'

Citation:

"German Bundestag, 13th Legislative Period, Proposal for 'Indefinite and Unconditional Extension of the Non-Proliferation Treaty'", February 8, 1995, Wilson Center Digital Archive, Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/398, 08.02.95
<https://digitalarchive.umd.edu/document/177634>

Summary:

Proposal for extension of NPT and related steps for the German federal government to take to support non-proliferation.

Credits:

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Translation - English

Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/398

08. 02. 95

Antrag

der Abgeordneten Klaus Francke (Hamburg), Peter Kurt Würzbach, Dr. Friedbert Pflüger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Karsten D. Voigt (Frankfurt), Uta Zapf, Gernot Erler und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und der Fraktion der F.D.P.

Unbefristete und unkonditionierte Verlängerung des Nichtverbreitungs-Vertrages

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Möglichkeiten und Chancen internationaler Zusammenarbeit haben mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zugenommen. Dies gilt auch für die internationale Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle. Der Konflikt um das Atomprogramm Nord-Koreas hat in jüngster Zeit erneut die große Bedeutung deutlich gemacht, die den internationalen Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle zukommt.

Der 1970 in Kraft getretene Nichtverbreitungs-Vertrag (NVV) hat ein System der internationalen Verbreitungskontrolle begründet und ist unverändert ein Eckpfeiler des bestehenden Rüstungskontrollsystems. 25 Jahre nach dem Inkrafttreten des NVV muß nun gemäß Artikel X Abs. 2 die Mehrheit der Vertragsstaaten über eine unbegrenzte oder befristete Weitergeltung entscheiden.

Im Vorfeld der hierfür einberufenen Verlängerungs-Konferenz vom 17. April bis 12. Mai 1995 formuliert der Deutsche Bundestag daher seine Aufforderung an die Bundesregierung, weiterhin auf eine unbefristete und unkonditionierte Verlängerung des NVV hinzuarbeiten. Gleichzeitig sollten alle Chancen wahrgenommen werden, das Nichtverbreitungsregime ohne Änderung des NVV fortzuentwickeln und eine weitere Stärkung der Verifikationsmöglichkeiten zu erreichen. Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang den Beitritt der Ukraine sowie den Beitritt Weißrußlands und Kasachstans als Nichtkernwaffenstaaten zum NVV und fordert alle Staaten, die noch nicht Vertragspartei sind, nachdrücklich dazu auf, dem NVV beizutreten.

Der Deutsche Bundestag erinnert an seine Forderungen vom Juni 1993 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (Drucksache 12/5116) und fordert die Bundesregierung im einzelnen dazu auf:

1. in den Genfer Verhandlungen weiterhin aktiv auf den Abschluß eines verifizierbaren und umfassenden Teststopp-Abkommens hinzuwirken, auch um die Aussichten für eine möglichst breite Zustimmung zu einer unbefristeten Verlängerung zu verbessern. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung auf die Regierungen der Kernwaffenstaaten einwirken, die freiwilligen Atomtest-Moratorien weiter zu verlängern. Sie sollte insbesondere die Volksrepublik China wie schon nach den chinesischen Tests vom Oktober 1993 und Juni 1994 ausdrücklich dazu auffordern, keine weiteren Atomtests durchzuführen;
2. auf eine Intensivierung der Anstrengungen zur nuklearen Abrüstung zu drängen. Es ist erforderlich, die Umsetzung von START I zügig voranzutreiben, um die nukleare Abrüstungsbereitschaft nachdrücklich zu unterstreichen. Eine baldige Ratifizierung von START II ist wünschenswert, um die zügige Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses zu sichern;
3. sich für die Errichtung eines Kernwaffenregisters bei den Vereinten Nationen einzusetzen, um durch die Registrierung von vorhandenen Beständen bei den Nichtkernwaffenstaaten Vertrauen in die nukleare Abrüstung der Kernwaffenstaaten zu schaffen und diese in ihrer eigenen Nichtverbreitungspolitik zu bestärken. Ein solches Vertrauen könnte durch eine internationale Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen zusätzlich gestärkt werden;
4. die fünf Kernwaffenstaaten des Sicherheitsrates zur Stärkung der Sicherheitsgarantien gegenüber denjenigen Staaten zu bewegen, die ihre Verpflichtungen zum Nichterwerb und der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen erfüllen;
5. die Bemühungen der Genfer Abrüstungskonferenz zu Verhandlungen über einen Vertrag über das Produktionsverbot für waffengrädiges Spaltmaterial zu Waffenzwecken (sog. Cut-off) nachhaltig zu unterstützen;
6. die Weiterentwicklung eines Sanktionsmechanismus bei der Verletzung des NVV zu fördern. Ein solcher Mechanismus würde die Erklärung des Sicherheitsrates vom 31. Januar 1992 weiterführen, in der festgestellt wird, daß Staaten, die völkerrechtswidrig versuchen, Nuklearwaffen zu erwerben oder herzustellen, mit Sanktionen belegt werden müssen. Die Sanktionen müssen dabei in angemessenem Verhältnis zur Bedrohung für den Weltfrieden verhängt und durchgesetzt werden;
7. alle Vertragsparteien des NVV über die Vertragsverlängerung hinaus zu freiwilligen Selbstverpflichtungen und Selbstbeschränkungen im Rahmen des Safe-guard-Regimes zu drängen;
8. auf eine Stärkung der IAEO hinzuarbeiten. Das Recht der IAEO auf besondere Inspektionen auch von nicht-deklarierten Anlagen muß gestärkt und ausgebaut werden. Die Staaten sollten einer Informationspflicht gegenüber der IAEO beim Bau von

nuklearen Anlagen – militärischen wie zivilen – unterliegen. Der Zugang der IAEA zu relevanten Informationen muß institutionalisiert und ausgeweitet werden. Dazu muß eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung für die IAEA bereitgestellt werden;

9. darauf hinzuwirken, daß der festgelegte Ansatz für kontrollrelevante, signifikante Mengen an nuklearem Material herabgesetzt wird, da nach der neueren technischen Entwicklung wesentlich geringere Mengen ausreichen, um Atombomben herzustellen. Zugleich ist anzustreben, daß aus der nuklearen Abrüstung der Kernwaffenstaaten freiwerdendes Kernmaterial sowie bislang nicht erfaßtes Plutonium und hochangereichertes Uran auch in Staaten außerhalb des NVV internationaler Kontrolle unterstellt wird. Die Anstrengungen zur Schaffung eines internationalen Kontrollsystems gemäß der deutschen 10-Punkte-Initiative zur Nichtverbreitungspolitik vom 15. Dezember 1993 sind daher zielstrebig fortzusetzen. Internationale Kontrolle solchen waffenfähigen Materials wäre zugleich ein Beitrag zur Verminderung der Gefahren des Nuklearschmuggels.

Bonn, den 7. Februar 1995

Klaus Francke (Hamburg)
Peter Kurt Würzbach
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Uta Zapf
Gernot Erler
Rudolf Scharping und Fraktion

Ulrich Irmer
Dr. Olaf Feldmann
Roland Kohn
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

German Bundestag

13. Legislative Period

Printed matter 13/398

08.02.95

Proposal

from representatives Klaus Francke (Hamburg), Peter Kurt Würzbach, Dr. Freidbert Pflüger, and the CDU/CSU faction, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Uta Zapf, Gernot Erler, and the SPD faction, as well as Ulrich Irmer, Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn, Dr. Eng. Karl-Hans Laermann, and the FDP faction.

Indefinite and unconditional extension of the Non-Proliferation Treaty

The Bundestag is resolved:

With the end of the East-West conflict, opportunities and chances for international cooperation have . This is also true for international cooperation in the area of arms control. The conflict around North Korea's atomic program has recently once again made clear the great significance attached to international efforts at disarmament and arms control.

The Non-Proliferation Treaty (NPT), which entered into force in 1979, established a system of international proliferation control and remains unchanged as a cornerstone of the current arms control system. Now, 25 years after the NPT entered into force, in accordance with Article X para. 2, a majority of the treaty parties must make a decision about an indefinite or time-limited extension of the treaty.

Prior to the Extension Conference called for this purpose from April 17-May 12, 1995, the German Bundestag has formulated its call for the Federal Government to continue to work on an indefinite and unconditional extension of the NPT. At the same time, all opportunities should be seized to further develop the NPT's non-proliferation regime without changes and to further strengthen verification capabilities. In this context, the German Bundestag welcomes the entry of Ukraine as well as of Belarus and Kazakhstan as non-nuclear weapon states into the NPT and urges all states not yet signatories to urgently adopt the NPT.

The German Bundestag remembers its calls in June 1993 for non-proliferation of nuclear weapons (Printed matter 12/5116), and it calls the Federal Government in particular to:

1. Continue to actively work in the Geneva Talks toward an agreement on a verifiable and comprehensive test ban treaty, also in order to improve the prospects for an agreement, as broad as possible, on indefinite extension. At the same time, the Federal Government should appeal to the governments of nuclear weapon states to further extend the voluntary atomic test moratoria. In particular it should explicitly call for the People's Republic of China to carry out no further atomic tests as it did after the Chinese tests of October 1993 and June 1994;
2. Push for an intensification of efforts for nuclear disarmament. It is necessary to swiftly press for implementation of START I in order to emphatically underscore the willingness to nuclear disarmament. An early ratification of START II is desirable in order to ensure a swift continuation of the nuclear disarmament process;
3. Promote the establishment of a nuclear weapon registry at the United Nations, in order to build trust among non-nuclear weapon states in nuclear disarmament by nuclear weapon states through the registration of existing stockpiles, and to reinforce nuclear weapon states in their own non-proliferation policy. Such trust could be additionally strengthened by international control of disarmament measures;
4. Move the five nuclear weapon states of the Security Council to strengthen their security guarantees toward the states that fulfill their obligations not to obtain or to proliferate nuclear weapons;
5. Sustainably support the efforts of the Geneva disarmament conference for talks about a treaty banning production of weapons-grade fissile material for weapons purposes (so-called Cut-off);
6. Encourage the further development of a sanctions mechanism for violations of the NPT. Such a mechanism would build on the declaration by the Security Council of January 31, 1992, which determined that states attempting to obtain or produce

nuclear weapons in violation of international law must have sanctions levied against them. The sanctions in these cases must be commensurate with the threat to world peace.

7. Push all NPT treaty parties, in addition to extending the treaty, to adopt voluntary obligations and limitations under the framework of the safeguard regime;

8. Work toward strengthening the IAEA. The right of the IAEA to special inspections even for undeclared facilities must be strengthened and expanded. States shall be subject to an obligation to inform the IAEA when building nuclear facilities-military as well as civilian. The IAEA's access must be institutionalized and expanded. The IAEA must be endowed with according personnel and finances accordingly;

9. Work toward a reduction of the threshold for control-related, significant quantities of nuclear material, since after new technological developments substantially smaller quantities are sufficient to produce an atomic bomb. At the same time, it is desirable that nuclear material made available by disarmament of nuclear weapon states as well as plutonium and highly enriched uranium previously not inventoried will be subject to international control even in states outside the NPT. The efforts to create an international control system according to the German 10 Point Initiative for Non-Proliferation Policy of December 15, 1993 are to be pursued with determination. International controls on such weapons-capable materials would immediately contribute to a decrease in the dangers of nuclear smuggling.

Bonn, February 7, 1995

Klaus Francke (Hamburg)

Peter Kurt Würzbach

Dr. Friedbert Pflüger

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos, and faction

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Uta Zapf

Gernot Erler

Rudolf Scharping and faction

Ulrich Irmer

Dr. Olaf Feldmann

Roland Kohn

Dr. Eng. Karl-Hans Laermann

Dr. Hermann Otto Solms and faction